

Die Antworten zu den Wahlprüfsteinen von DIE LINKE NRW

1) Wie positionieren Sie sich zu den Planungen eines Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen? Welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, um das geplante Abschiebegefängnis zu verhindern?

DIE LINKE NRW lehnt Abschiebegefängnisse generell ab. Die Einrichtung eines Abschiebegefängnisses in Flughafennähe würde den Zeitkorridor zwischen einem Abschiebebescheid und der Abschiebung verkleinern. Damit würde den Betroffenen weiter erschwert, Rechtsmittel gegen ihre Abschiebung einzulegen. Das halten wir für rechtlich bedenklich. Ebenso würde die Organisation von Abschiebeprotesten erschwert. Aus diesen Gründen will DIE LINKE NRW ein Abschiebegefängnis am Düsseldorfer Flughafen verhindern. Die Fraktion der LINKEN im Düsseldorfer Stadtrat hat dort mit kritischen Anfragen zur Zusammenarbeit der Stadt mit der Landesregierung bei der Grundstückssuche für das Abschiebegefängnis das Thema in die Medien gebracht. DIE LINKE wird den öffentlichen Druck durch die Unterstützung von Bündnisprotesten und begleitende Anträge im Düsseldorfer Stadtrat zu verstärken.

2) Schwere Erkrankungen von Geflüchteten werden nicht ausreichend im Asyl- und Aufenthaltsverfahren berücksichtigt. Wie stehen sie zu Abschiebungen, wie sie derzeit ja stattfinden, von kranken und traumatisierten Geflüchtete? Was wollen sie unternehmen, das diese nicht weiter geschehen?

DIE LINKE lehnt Abschiebungen generell ebenso ab wie die Abschottung der EU insbesondere gegen fliehende Menschen, die den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa suchen. Sichere Fluchtwege müssen geschaffen werden. Die Zwangsunterbringung in Aufnahmelagern, Wohnsitzauflagen und insbesondere Abschiebehaft lehnt DIE LINKE ab. [Das] und fordert stattdessen ein dauerhaftes Recht. Die Abschiebungen sind sofort zu stoppen. Insbesondere kranke und traumatisierte Geflüchtete brauchen einen dauerhaften Aufenthalt. DIE LINKE lehnt das Dublin-System ab. Das Asylrecht im Grundgesetz muss wiederhergestellt werden. Auch die Flucht vor Hunger, Armut, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Verfolgung aus Gründen sexueller Orientierung und Identität muss anerkannt werden.

3) Wie ist ihre Position zu Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen? Wollen sie Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus Arztpraxen und Krankenhäusern verhindern?

Diese Abschiebungen sind sofort zu stoppen. Ein Familiennachzug soll ermöglicht werden. Ansonsten verweisen wir auf unsere Antwort zur Frage 1.

4) Häufig kommt es vor, dass durch Abschiebungen volljährig gewordene Kinder oder einzelne Erziehungsberechtigte abgeschoben und dadurch gewaltsam von ihrer Familie getrennt. Wie stehen sie zu der Praxis, Familien auseinanderzureißen und einzelne Familienmitglieder abzuschieben?

Wir verweisen auf unsere Antwort auf Fragen 2 und 3.

5) Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass Abschiebungen nicht als Mittel zur Abschreckung oder sonstiger Symbolpolitik instrumentalisiert werden?

Ja, DIE LINKE NRW setzt sich öffentlich vernehmbar und aktiv auf der Straße gegen den Missbrauch von Geflüchteten als Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme ein, der häufig in Forderungen nach einer weiteren Schleifung des Asylrechts kulminiert. Die Kriminalisierung von Geflüchteten und populistische Hetze sorgen für eine Stärkung rassistischer und rechtsnationaler Kräfte und führen immer wieder zu Gewalt gegen Geflüchtete und Menschen, die nicht in das rechtsnationale Weltbild passen.

6) Haft sollte laut Gesetz stets nur als ultima ratio angewandt werden. Gleichzeitig schafft Deutschland immer mehr Plätze für Abschiebehaft und ähnliche Haftarten. Was tut ihre Partei, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Wir verweisen auf unsere Antworten auf die Fragen 1 und 5.

7) Seit dem ersten Abschiebungshaftvollzugsgesetz in NRW hat es laut Hilfe für Menschen in Abschiebehaft e.V. eine stete Verschlechterung der Haftbedingungen gegeben. Welche Änderungen streben Sie an? Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit unabhängigen Beratungsstellen in der Abschiebehaft gestalten?

DIE LINKE NRW fordert, dass das Abschiebegefängnis in Büren, in dem Geflüchtete unter menschlich unzumutbaren Bedingungen leben, zu schließen. Das Land NRW sollte stattdessen vom Tag der Ankunft an Geflüchtete in die Gesellschaft aufnehmen – dazu gehören Ansprüche auf volle Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen ebenso wie Sprachkurse, Bildung und uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Beratung und Betreuung von Geflüchteten ist von der öffentlichen Hand zu finanzieren. aus öffentlicher Hand betreiben und finanzieren. Die Strukturen der Geflüchtetenarbeit müssen ausgebaut und verstetigt werden.

8) In NRW wird eine einmalige kostenlose Rechtsberatung in der Abschiebehaft angeboten. Diese führt nicht zu einer Vertretung vor Gericht. Verfahrenskostenhilfe wird erst im Verfahren bewilligt. Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine qualifizierte Vertretung durch Rechtsanwälte stattfindet?

Die Kosten für Rechtsberatung Geflüchteter müssen generell von der öffentlichen Hand übernommen werden.